

Leistungsbeschreibung

Allgemeine Hinweise zur Angebotsabgabe

Die Linien des Freigestellten Schülerverkehrs im Landkreis Kronach des privaten Sonderpädagogischen Förderzentrums Pestalozzi-Schule „Hilfe für das lernbehinderte Kind e.V.“ müssen neu ausgeschrieben werden. Es handelt sich dabei um die Linien A2 und C2 des Standortes Steinwiesen. Näheres entnehmen Sie bitte der folgenden Leistungsbeschreibung.

Die Beförderung von Schülern und Kindern stellt hohe Anforderungen an den Auftragnehmer, das Fahrpersonal und die eingesetzten Fahrzeuge. Dies ist bei der Erstellung des Angebots, vor allem aber bei der Durchführung des Auftrags zu berücksichtigen. Allen Bietern wird daher empfohlen, sich vor Abgabe des Angebotes intensiv mit den Beförderungs- und Verkehrssituationen vor Ort vertraut zu machen.

Angebotsverfahren und Einreichung der Angebote

Die Angebote werden im Zuge eines europaweiten offenen Verfahrens nach VgV und GWB eingeholt. Das bedeutet, dass jedes interessierte Unternehmen ein Angebot abgeben kann.

Die Ausschreibung wurde in zwei Lose aufgeteilt. Los A2 und Los C2. Die Bieter sind berechtigt entweder für alle Lose oder nur für ein Los ein Angebot abzugeben.

Das Ende der Einreichungsfrist für die Angebote wurde auf

26.06.2026 um 11:00 Uhr festgesetzt.

Bis zu diesem Zeitpunkt **müssen die Angebote elektrisch über die Vergabeplattform eingereicht** sein. Weitere Formen der Einreichung wie z.B. per Post, E-Mail oder per Telefax sind **nicht vorgesehen und gelten nicht als form- und fristwährend.**

Bieter sind bei der Angebotseröffnung nicht zugelassen (§ 55 Abs. 2 Satz 2 VgV).

Die dem Angebot beizufügenden Unterlagen können aus dem Angebotsschreiben (Anlage 5) bzw. aus der beigefügten Checkliste entnommen werden.

Fragen zum Angebot werden nur beantwortet, wenn diese schriftlich über die Vergabeplattform und bis **spätestens 19.06.2026** eingereicht worden sind. Nach diesem Zeitpunkt besteht seitens des Bieters kein Anspruch mehr auf Beantwortung durch den Auftraggeber. Jedoch behält sich der Auftraggeber vor, auch später eingereichte Fragen zu beantworten, wenn er dies für sinnvoll erachtet.

Die definierten Leistungs- und Qualitätsstandards verstehen sich als Mindestanforderungen und sind verbindlich. Das Angebot muss die in den Vergabeunterlagen geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Das Angebot muss elektronisch eingereicht werden. Der Bieter muss in Textform erkennbar sein. Angebote, die den Bieter nicht eindeutig erkennen lassen, werden von der Wertung ausgeschlossen. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Bei der Wertung der Angebote durch den Verein Hilfe für das lernbehinderte Kind e. V. – künftig Auftraggeber genannt - wird allein auf die im Rahmen des Angebots abgegebenen Zusagen und Beschreibungen abgestellt. Es ist darauf zu achten, im Angebot ggf. auch solche Angaben zu machen, die bei dem Auftraggeber als bereits bekannt vorausgesetzt werden könnten. Angaben im Angebot müssen verbindlich dargestellt sein, reine Absichtserklärungen werden bei der Wertung der Angebote nicht berücksichtigt.

Der Bieter hat in seinem Angebot einen zur Abgabe von Erläuterungen des Angebots autorisierten, deutschsprachigen Ansprechpartner zu benennen, mit dem der Auftraggeber

während der Auswertungsphase offene Fragen klären kann. Über Gesetzes- oder Verordnungstexte, Normen und dergleichen hat sich der Bieter selbst zu informieren.

Aufwendungen für die Erstellung der Angebote werden nicht erstattet.

Ausschreibungsgegenstand

Ausgeschrieben werden zwei Teillinien für die Schülerbeförderung der Pestalozzi-Schule Kronach für den Standort Grundschule Steinwiesen.

LOS 1 – Beförderungsgebiet A2 für Schulstandort Steinwiesen (2)

Das Gebiet umfasst die Gemeinden Weißenbrunn, Schneckenlohe, Markt Küps und Markt Mitwitz sowie die Stadt Kronach.

Hinfahrt morgens bis zum Schulbeginn 07:50 Uhr; Ankunft 07:40 Uhr von Montag bis Freitag (ca. 40 Schüler)

Rückfahrt mittags Schulschluss 12:05 Uhr; Abfahrt 12:15 Uhr von Montag bis Donnerstag (ca. 16 Schüler)

Rückfahrt nachmittags Schulschluss 15:30 Uhr; Abfahrt 15:40 Uhr Montag bis Donnerstag (ca. 24 Schüler)

Rückfahrt mittags Schulschluss 12:05 Uhr; Abfahrt 12:15 Uhr am Freitag (ca. 40 Schüler)

LOS 2 – Beförderungsgebiet C2 für Schulstandort Steinwiesen (2)

Das Gebiet umfasst die Gemeinden Markt Marktrodach, Stadt Wallenfels, Markt Steinwiesen, Wilhelmsthal, Markt Nordhalben und Tschirn.

Hinfahrt morgens bis zum Schulbeginn 07:50 Uhr; Ankunft 07:40 Uhr von Montag bis Freitag (ca. 13 Schüler)

Rückfahrt mittags Schulschluss 12:05 Uhr; Abfahrt 12:15 Uhr von Montag bis Donnerstag (ca. 7 Schüler)

Rückfahrt nachmittags Schulschluss 15:30 Uhr; Abfahrt 15:40 Uhr Montag bis Donnerstag (ca. 6 Schüler)

Rückfahrt mittags Schulschluss 12:05 Uhr; Abfahrt 12:15 Uhr am Freitag (ca. 13 Schüler)

Die Beförderungsgebiete können auch der Anlage 1 entnommen werden. Die Schülerzahlen (Stand 18.05.2026) je Ort und Rückfahrzeit können der Anlage 2 (Haltestellenplan) entnommen werden.

Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass sich bezüglich der Schülerzahlen bis Schuljahresbeginn 2026 / 2027 in einem gewissen Umfang noch Änderungen ergeben werden. Die Anlage 2 (Haltestellenplan) dient lediglich der Kalkulation und Wertung!

Schulstandort Steinwiesen

Grundschule Steinwiesen, Georg-Rascher-Str. 3, 96349 Steinwiesen

Vergütung

Die Vergütung erfolgt **pro notwendigem gefahrenen Besetzkilometer**. Unter Besetzkilometer ist die Fahrstrecke zwischen dem Aufnahmeort des ersten Schülers / Kindes und der Schule zu verstehen sowie auf der Heimfahrt die Strecke zwischen der Schule und dem Aussteigeort des letzten Schülers / Kindes. Anfahrten und Wartezeiten werden nicht vergütet. Es ist auf eine wirtschaftliche Auslastung der Fahrzeuge zu achten. Nicht notwendige Fahrzeugeinsätze werden nicht vergütet. Die Vergütung erfolgt nur für tatsächlich durchgeführte Fahrten.

Die Vergütung der **Begleitpersonen erfolgt pro Fahrt** (sofern erforderlich).

Begleitpersonal

In Fahrzeugen mit mehr als fünf Fahrgastsitzen wird eine Busbegleitung benötigt, sofern Kinder der Schulvorbereitenden Einrichtung (SVE) und / oder Schüler der Stütz- und Förderklasse (SFK) mit diesem Fahrzeug befördert werden. Für den Schulstandort Steinwiesen sind nach derzeitigem Stand keine Begleitpersonen notwendig.

Der Einsatz von Begleitpersonal bedarf immer der Zustimmung des Auftraggebers.

Subunternehmen (Unterauftragsunternehmen)

Die Bieter können Teile der Leistung an Subunternehmen vergeben. Dies ist in der Angebotsabgabe anzugeben. Grundsätzlich ist die Leistung jedoch weitestgehend (gleichbedeutend mit mind. 70%) im eigenen Betrieb auszuführen. Die Anforderungen aus diesem Vertrag an Sicherheit, Fahrpersonal und Fahrzeuge sind auch von Subunternehmen einzuhalten.

Wertung der Angebote

Den Zuschlag erhält der Bieter, der den geringsten kalk. Gesamtpreis pro Woche anbietet. Der kalk. Gesamtpreis errechnet sich aus dem Preis pro Besetzkilometer für eingesetzte Fahrzeuge, den zu fahrenden kalkulatorischen Kilometern, sowie den Mehrkosten für die Busbegleitung (falls erforderlich). Die genaue Berechnung kann dem jeweiligen Preisblatt (Anlage 4) entnommen werden.

Änderung und Anpassung der Kostensätze

Die täglichen und wöchentlichen Gesamtpreise sind i. d. R. nicht über die gesamte Vertragslaufzeit anwendbar. Sie unterliegen Änderungen auf Grund von Veränderungen des Leistungsbildes (Bsp: Veränderung der Schülerzahlen, Umzüge).

Die vereinbarten Preise pro Besetzkilometer und für eingesetztes Begleitpersonal je Fahrt gelten für die Dauer der Vertragslaufzeit.

Berücksichtigt wird eine vertragliche Preisgleitklausel (Stoffpreisklausel) im Bezug auf die Kraftstoffkosten und den Mindestlohn, welche im Betrieb der Beförderungsfahrzeuge anfallen und unvorhersehbaren Schwankungen unterliegen.

Vertragliche Basis

Grundlage

Grundlage der Zusammenarbeit ist das durch den Bieter abgegebene, vollständige Angebot sowie der abzuschließende Beförderungsvertrag (Anlage 3). Das Muster des Vertrages liegt bei.

Weitere Bestandteile des Vertrages sind zudem

- die Vergabeunterlagen. Diese bestehen aus der Leistungsbeschreibung nebst Anlagen (Vergabeunterlagen),
- dem aktuelle Haltestellenplan,
- dem aktuelle Linienplan,
- die zur Einreichung der Angebote genannten Anlagen
- und die im Formblatt Angebotsschreiben (Anlage 5) genannten Bestandteile.

Dauer des Auftrages

Der Rahmenvertrag tritt mit Beginn des Schuljahres 2026 / 2027 zum 01.09.2026 in Kraft und gilt bis zu dessen Ende (Freistaat Bayern). Es besteht die Option auf zweimalige Verlängerung des Vertrages um ein weiteres Schuljahr.

Fahrschüler

Die zu befördernden Kinder, sind Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Folgende Gruppe ist zu befördern:

Standort Steinwiesen

- Schüler*innen aus dem Bereich der Grundschulstufe des Sonderpädagogischen Förderzentrum Pestalozzi-Schule Kronach (Standort: Steinwiesen), die ihren Erstwohnsitz im Einzugsbereich der Schule haben und mind. 2 km vom Standort entfernt wohnen.
- Der Auftraggeber behält sich vor, in Absprache mit dem Bieter weitere Gruppen in die Beförderung aufzunehmen.

Der Auftraggeber entscheidet alleine, für welche Kinder die Beförderung durch den Bieter erfolgt und teilt die Zustiege- und Ausstiegstellen dem Bieter mit. Die Daten der anzufahrenden Haltestellen oder Wohnorte werden dem Auftragnehmer in der letzten Woche des alten Schuljahres mitgeteilt.

Linienführung und Linienpläne

Der Auftragnehmer legt für die ihm zugeteilten Gemeindegebiete die Linienführung eigenständig fest. Die Linienführung ist kurz, verkehrsgünstig und ohne unzumutbare Zeitverluste zu planen und bedarf der Zustimmung durch den Auftraggeber.

Die Linienpläne der einzelnen Fahrten für das Schuljahr 2026/2027 werden durch den Auftragnehmer, der den Zuschlag erhalten hat bis spätestens zwei Wochen vor Beginn des

neuen Schuljahres zusammengestellt und dem Auftraggeber vorgelegt. Der Linienplan muss folgende Informationen enthalten:

- die Abholzeiten von Zuhause oder der Sammelhaltestelle
- die voraussichtlichen Ankunftszeiten auf den Heimfahrten (Zuhause, Sammelstelle oder KiTa)
- die angefahrenen Haltestellen
- Name und Vorname der zu befördernden Schüler
- Amtliches Kennzeichen des Fahrzeuges
- Name und Vorname des Fahrers
- Gefahrene km (Hin- und Rückfahrt)
- der aktuelle Stand (Datum)
- ab wann der Fahrplan gültig ist (Datum)

Nach Zustimmung durch den Auftraggeber erfolgt die Weitergabe der Abfahrts- und Ankunftszeiten sowie der Haltestellen an alle Eltern durch den Auftraggeber und die Schule.

Bei Änderungen der Linien erstellt der Auftragnehmer einen geänderten Linienplan und legt diesen dem Auftraggeber schriftlich zur Zustimmung vor. Die jeweils aktuellen Linienpläne sind Vertragsbestandteil.

Bei der Zusammenstellung der Linienführung ist zu beachten, dass jedes Kind innerhalb von 60 Minuten nach Beginn der Beförderung an der Schule bzw. zu Hause oder in der Kindertagesstätte angekommen sein soll. Nur in begründeten Ausnahmefällen darf die Fahrzeit von 60 Minuten überschritten werden. Der jeweils aktuelle Linienplan ist Vertragsbestandteil.

Haltestellen

Die Ankunftszeiten an und die Abholzeiten von der Schule sind der Anlage „Haltestellenplan“ (Anlage 2) zu entnehmen.

Der entgeltliche Haltestellenplan und die Schülerzahlen werden dem Auftragnehmer vom Auftraggeber in der letzten Woche des alten Schuljahres mitgeteilt. Aus diesen Informationen erstellt der Auftragnehmer die Linienführung und die Linienpläne. Erfahrungsgemäß können sich Haltestellen und Schülerzahlen auch während des laufenden Schuljahres z. B. durch Zuzug oder Ummeldung von einzelnen Schülern / Kindern an andere Schulen kurzfristig verändern. Der Auftraggeber legt bei Änderungen einen jeweils aktuellen Haltestellenplan vor. Der jeweils aktuelle Haltestellenplan ist Vertragsbestandteil.

Betriebsleistung

Die Beförderung findet an allen Schultagen in Bayern statt. Die Anzahl der Schultage kann je nach Schuljahr (Bayern) variieren.

Bei Änderungen (z. B. Schulausfall) im Schulbetrieb wird der Auftragnehmer sobald wie möglich von der Änderung durch den Auftraggeber, der Schulleitung oder vom Sekretariat in Kenntnis gesetzt.

Als Grundlage für die Beförderungszeiten gilt der Linienplan. Der Wegfall einer Abholung (z. B. bei Erkrankung eines Kindes) wird dem Auftragnehmer spätestens 30 Minuten vor der geplanten Abholung telefonisch mitgeteilt. Wird die Beförderungsleistung wieder benötigt,

erfolgt die Meldung an den Auftragnehmer spätestens 30 Minuten vor der geplanten Abholung. Die Abholung der Schüler und Kinder am Wohnort erfolgt frühestens um 06:30 Uhr. Die Ankunftszeit am Förderzentrum ist der Anlage 2 zu entnehmen.

Die Eltern sorgen dafür, dass die Kinder zu den vereinbarten Abholzeiten vor der Haustür bzw. an den Haltestellen sind. Die Fahrer sind verpflichtet 5 Minuten zu warten, wenn ein Kind nicht wie vereinbart zur Abholung bereitsteht.

Die Heimfahrt endet grundsätzlich am Wohnort oder der Sammelhaltestelle des Schülers / Kindes, sofern nicht mit dem Auftraggeber für Kinder ein anderer Ort (z. B. Kindertagesstätte) vereinbart ist. Die Festlegung, welche Orte anzufahren sind, erfolgt durch den Auftraggeber. Kinder der Grundschulstufe können am vereinbarten Ort selbständig aussteigen. Die Aufsichtspflicht des Fahrers endet, wenn das Kind das Fahrzeug verlassen hat. Der Auftragnehmer stellt die notwendigen Kindersitze zur Beförderung der Kinder bzw. Schüler*innen.

Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer die Fahrer einmal im Jahr für Schulungen und Informationsveranstaltungen für Personal im Schülerverkehr freizustellen und dafür zu sorgen, dass die betreffenden Fahrer an den Veranstaltungen teilnehmen.

Leistungsänderungen

Der Auftraggeber kann nachträglich Änderungen der vertraglich vereinbarten Leistungen - auch solche, die sich nicht auf die Beschaffenheit der Leistung beziehen - verlangen (z. B. Leistungsausweitungen, Leistungseinschränkungen oder Leistungsergänzungen), es sei denn, dass diese für den Auftragnehmer unzumutbar sind.

Leistungsausweitungen können z. B. erforderlich werden bei Anbindung neuer Wohngebiete bzw. Zuzug von weiteren Kindern sowie bei Stundenplanerweiterungen. Sollte der Auftraggeber für weitere Beförderungen zuständig werden, kann dies ebenfalls zu einer Leistungsausweitung führen.

Leistungseinschränkungen, die Notwendigkeit für solche Ergänzungsleistungen ergibt sich häufig erst kurzfristig und zuweilen nur für einen bestimmten begrenzten Zeitraum.

Ändern sich durch Leistungsänderungen die Grundlagen der angegebenen Gesamtkosten, so sind neue Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten auf Basis der Fahrpläne zu ermitteln und zu vereinbaren. Die Vereinbarung ist unverzüglich zu treffen.

Können sich die Parteien nicht auf die Änderung der Vergütung einigen, kann jede Partei eine Klärung durch das zuständige Gericht herbeiführen. Ein Leistungsverweigerungsrecht kann nicht auf eine noch nicht erfolgte Einigung gestützt werden.

Fahrzeuge

Der Auftragnehmer entscheidet welche Art von Fahrzeugen er für die Beförderung auf den einzelnen Routen nach dem Routenplan nutzt.

Grundsatz

Alle Fahrzeuge müssen betriebssicher und fahrbereit sein. Es sind Fahrzeuge mit max. 15 Fahrgastsitzen einzusetzen. Der Einsatz kleinerer Fahrzeuge ist möglich. Die Fahrzeuge müssen den rechtlichen Bestimmungen (PBefG, BOKraft, StVZO etc.) und dem

Anforderungskatalog des Vertrages (Anlage 3) entsprechen. Die Fahrzeuginstandhaltung und -wartung unterliegt der Aufsichts- und Sorgfaltspflicht des Auftragnehmers. Unfallschäden sind innerhalb von 2 Wochen fachgerecht zu beseitigen.

Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass alle technischen Einbauten in den Fahrzeugen funktionsfähig und in Betrieb sind. Dies gilt sowohl für die technischen Einbauten, die nach den Vorgaben dieser Ausschreibung vorhanden sein müssen, als auch für jene, die über die geforderten Mindeststandards hinaus durch den Auftragnehmer bereitgestellt werden.

- Die eingesetzten Kraftfahrzeuge sollten mit einem Antiblockiersystem (ABS) ausgerüstet sein.
- Die Fahrzeuge sollten grundsätzlich mindestens 4-türig sein und beidseitig Fensterfronten aufweisen.
- Die Kraftfahrzeuge sind stets in einem sauberen, betriebs- und verkehrssicheren Zustand einzusetzen und ausreichend zu heizen. Verunreinigungen während des Betriebes, insbesondere abstoßige, ekelerregende Verunreinigungen (z. B. Erbrochenes) sowie Verunreinigungen, die das Betreten des Wagens oder die Benutzung der Sitze beeinträchtigen (z. B. ausgelaufene Getränke) sind möglichst rasch zu entfernen. Grobmüll (Papier, leere Flaschen, Plastikmüll, etc.) ist spätestens an der nächsten Endstelle beim Fahrzeugdurchgang vom Fahrpersonal zu entfernen.
- Die Fahrzeuge sollten mit Klimaanlage ausgestattet sein.
- Die Kraftfahrzeuge müssen kindgerecht ausgestattet sein. Es hat für jeden Schüler ein Sitzplatz zur Verfügung zu stehen, der so breit ist, dass ein Kindersitz eingesetzt werden kann. Der Kindersitz wird durch den Auftragnehmer gestellt.
- Die eingesetzten Fahrzeuge sind mit Winterbereifung auf allen Achsen mindestens in der Zeit vom 01.11. bis 01.04. des Folgejahres bei entsprechender Witterung auszustatten. Allwetterreifen sind nicht zulässig.

Bei Nichteinhalten der definierten Qualitätsstandards kann der Auftraggeber Nachbesserungen oder Austausch der Fahrzeuge verlangen.

Beschädigungen

Bei Beschädigung des Fahrzeugs durch einen Schüler, ist der Vorgang zu dokumentieren und umgehend dem Auftraggeber zu melden. Die Kosten werden nicht durch den Auftraggeber übernommen.

Fahrpersonal

Grundsätze

- Jeder eingesetzte Fahrer muss im Besitz eines gültigen Personenbeförderungsscheines sein. Dieser wird vor Beginn der ersten Beförderung dem Auftraggeber und anschließend vor Beginn eines neuen Schuljahres vorgelegt.
- Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit des Fahrpersonals werden vorausgesetzt.
- Sichere deutsche Sprachkenntnisse sind erforderlich, so dass sowohl im Gespräch mit den Eltern und den Schülern als auch der Kommunikation mit dem Unternehmen eine problemlose Verständigung möglich ist.
- Das Rauchen im Fahrzeug ist dem Fahrpersonal generell untersagt, dies gilt auch in Pausen und bei Betriebsfahrten.
- Beim Einsatz von nicht geeigneten und/ oder geschulten Personal kann der

Auftraggeber Austausch oder Nachschulung verlangen.

- Für jeden eingesetzten Fahrer und Busbegleiter ist dem Auftraggeber vorab ein erweitertes Führungszeugnis nach § 30 a Abs. 2 BZRG ohne Einträge vorzulegen. Das Zeugnis darf bei der erstmaligen Vorlage nicht älter als 3 Monate sein. Die Kosten hierfür trägt der Auftragnehmer.
- Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer ärztliche Zeugnisse für die Fahrer vorzulegen, die nachweisen, dass eine ansteckungsfähige Tuberkulose oder andere ansteckende Erkrankungen der Atmungsorgane nicht vorliegen.

Die o.g. erforderlichen Unterlagen sind auf Anforderung durch den Auftraggeber vollständig vorzulegen.

Ausbildung

Das eingesetzte Personal muss entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen für das Führen von Taxen und Großraumtaxen oder beim Einsatz von Kraftomnibussen für diese geeignet sein und die dafür erforderliche Fahrerlaubnis besitzen. Der Einsatz von Scheinselbstständigen Fahrern ist unzulässig.

Die Kenntnis und Beachtung aller für den Fahrdienst relevanten Vorschriften und Gesetze ist verpflichtend. Besonders hervorzuheben sind hierbei die BOKraft, die FPersV, die StVO und die Unfallverhütungsvorschriften.

Einweisung

Der Fahrer muss vor Einsatz im Fahrdienst genaue Kenntnisse der zu bedienenden Routen und Haltestellen erlangen. Auch sind die für den Einsatzbereich erforderlichen Ortskenntnisse zu erlangen. Er ist über die beförderungsrelevanten Besonderheiten, die sich auch den einzelnen Anforderungen der zu transportierenden Kinder ergeben, zu unterrichten.

Umgang mit Schüler*innen und Kindern

Der Umgang mit den Schülern*innen, Eltern und Schulpersonal hat höflich und besonnen zu erfolgen. Möglichen Konflikten ist frühzeitig und deeskalierend entgegenzuwirken.

Im Falle der Belästigung von Schülern untereinander hat das Fahrpersonal entsprechende Maßnahmen einzuleiten (z. B. Aufforderung zur Einhaltung der Beförderungsbestimmungen, Information an die Schule bzw. den Auftraggeber).

Die Fahrweise ist den jeweiligen Witterungsverhältnissen anzupassen.

Weitere Aufgaben des Fahrpersonals

Verunreinigungen/ Beschädigungen

An jeder Endhaltestelle ist das Fahrzeug bei einer Fahrzeugüberprüfung auf sichtbare Beschädigungen und Verunreinigungen zu überprüfen. Bei besonderen Beschädigungen oder Verunreinigungen ist ggf. der Auftraggeber zu informieren.

Fundsachen

Fundsachen sind beim Fahrzeugdurchgang an der Endhaltestelle sicherzustellen. Bei wichtigen Gegenständen, wie z. B. Schlüsseln oder Geldbörsen, ist die Leitung des Beförderungsunternehmens und Schulleitung sofort zu informieren, damit sie möglichst rasch an den Eigentümer zurückgegeben werden können. Fundsachen sind vom Auftragnehmer sicher zu verwahren und dem entsprechenden Kind oder Erziehungsberechtigten baldmöglichst zurückzugeben.

Verbesserungsvorschläge/ Beschwerden

Verbesserungsvorschläge bzgl. Linienplan und Linienführung (auch von Eltern und Schülern geäußert) sind der Leitung des Beförderungsunternehmens/ oder dem Auftraggeber zu melden.

Das Fahrpersonal kann gegenüber dem Auftraggeber bei Beschwerden zur Stellungnahme herangezogen werden.

Betriebsführung und allgemeiner Fahrbetrieb

Grundsätze

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die vereinbarten Fahrpläne einzuhalten und einen pünktlichen Betrieb zu gewährleisten.

Das Verkehrsunternehmen unterliegt einer Reihe von einschlägigen Gesetzen und Vorschriften, auf die hier ausdrücklich verwiesen wird.

Diese sind in erster Linie:

- Personenbeförderungsgesetz (PBefG),
- Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft),
- Fahrerlaubnis - Verordnung (FeV),
- Fahrpersonalverordnung (FPersV),
- Straßenverkehrsordnung (StVO),
- Straßenverkehrsgesetz (StVG),
- Straßenverkehrs - Zulassungsordnung (StZO),
- Strafgesetzbuch (StGB),
- Datenschutz Grundverordnung (DSGVO),
- Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG),
- Verwarnungs- und Bußgeldkatalog

Die Kommunikation zwischen den eingesetzten Fahrern und der Betriebsleitung mittels Sprech-, Bündelfunk, Mobiltelefon o. ä. ist sicherzustellen.

Zusammenarbeit

Die Vertragspartner kooperieren eng miteinander sowie mit der Schule und unterstützen sich gegenseitig insbesondere durch:

- enge Abstimmung bei fahrplantechnischen Problemen,
- jederzeit zu gewährleistender kurzfristiger Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners,
- zeitnahe Weitergabe vertragswesentlicher Informationen oder Information über erhebliche betriebliche Störungen.

Probleme mit Fahrzeiten sind zeitnah dem Auftraggeber mitzuteilen. In diesen Fällen ist kooperativ nach Lösungen zu suchen. Ebenso ist bei der Planung von Verkehren, der Beseitigung von Mängeln, der Beschwerdebearbeitung und der Störungsbeseitigung konstruktiv mitzuarbeiten.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sich mit dem Auftraggeber kooperativ über Fahrzeug- und Personalausfälle auszutauschen und in zumutbarem Umfang Einsicht in das Betriebsgeschehen zu geben, insbesondere in begründeten Beschwerdefällen.

Betriebsaufnahme

Der Auftragnehmer hat die rechtzeitige Betriebsaufnahme sowie störungsfreien Regelbetrieb ab dem Zeitpunkt des Betriebsbeginns hinsichtlich der von ihm beeinflussbaren Faktoren zu gewährleisten.

Dazu gehören vor allem

- die fristgerechte Beantragung der Verkehrsgenehmigung,
- die fristgerechte Bereitstellung der Fahrzeuge,
- die fristgerechte Beschäftigung geeigneten Personals in ausreichender Anzahl,
- die fristgerechte Vorlage der Führungszeugnisse des Fahrpersonals (vor Antritt der ersten Fahrt) beim Auftraggeber,
- die fristgerechte Vorlage der Linienführung und der Linienpläne (zwei Wochen vor Schulbeginn)

Betriebsstörungen

Sofern Unregelmäßigkeiten oder größere Störungen im Betriebsablauf entstehen, ist der Auftragnehmer für den Einsatz entsprechender Einsatz- bzw. Ersatzfahrzeuge verantwortlich.

Für Vorhaltung und Einsatzplanung von Reservepersonal und -fahrzeugen hat der Auftragnehmer zu sorgen. Die Aufrechterhaltung des Betriebes hat stets oberste Priorität.

Die Ersatzfahrzeuge müssen schnellstmöglich - mindestens aber innerhalb von 30 Minuten nach Ausfall eines Fahrzeuges - bereitgestellt werden. Zudem ist die Schule bzw. der Auftraggeber ermächtigt 30 Minuten nach Ausfall der planmäßigen Fahrt, ein Taxi ggf. auch eines anderen Unternehmens, zu rufen. Die Kosten werden dem Auftragnehmer in Rechnung gestellt, selbst wenn in der Wartezeit auf das Taxi ein Fahrzeug des Auftragnehmers kommt.

Überplanmäßige und außerplanmäßige baustellen- oder betriebsbedingte Einschränkungen des Angebots sowie eventuell erfolgte Maßnahmen (z. B. Ersatzleistungen) meldet der Auftragnehmer dem Auftraggeber innerhalb von 24 Stunden nach Eintreten des Vorfalls.

Die Meldungen enthalten folgende Angaben:

- Anzahl und Adressen der nicht beförderten Personen,
- Angaben zu evtl. ausgefallenen Fahrten,
- Zeitpunkt und Dauer des Ausfalls,
- Grund des Ausfalls

Der Auftragnehmer sorgt zudem dafür, dass der Auftraggeber, die Schulleitungen und die Eltern bei Betriebsstörungen oder Abweichungen vom Linienweg (beispielsweise durch Baustellen, Umleitungen, Unfälle, Veranstaltungen, sonstige Sperrungen) unverzüglich informiert werden.